

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Bernstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkollektors Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Verleger:
Riese Nr. 52.

Nr. 163.

Mittwoch, 16. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundsatz für die Bemessung des Abzuges, wenn der Betrag verfällt, durch Mängel eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Druck- und Verlagsanstalt: Rieser Tageblatt, Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 52, Riesa.

Vor einem Wandel der Verhältnisse?

Von Ernst Quadt.

Aus der kurzen Rede, die der Reichskanzler gestern bei der Begründung der Deckungsvorlagen im Reichstage hielt, muß man einen Satz, eine Wendung, eine fühne Behauptung besonders hervorheben. Er steht mit der Auffassung der Renterung in engem Zusammenhang, hat aber weit Bedeutung über den Rahmen der Reichstagsberatungen hinaus. Dr. Brüning erklärte, wir befinden uns nicht in einer konjunkturellen Depression, es bahne sich ein Wandel der Verhältnisse an.

Das ist eine Farsen in einer Zeit tiefer Niedergeschlagenheit. Man wird nicht leicht an diesen frohen Optimismus glauben wollen, denn so oft ist in der letzten Zeit schon von allen Seiten mit Ueberzeugung oder in der Absicht dem Volke wie einem kleinen Kinde zuzusprechen, von der bevorstehenden Antarktis der Wirtschaft und der nahen Besserung gesprochen worden. Die Propheten blieben einmale Schwaben, sie haben keinen Sommer gemacht. Sie haben mit ihrer Verkündung die Verhältnisse nicht gebessert. Der Weg ging abwärts. Monat für Monat. Jeder verlor den Mut. Und das will bei einem arbeitenden Volke, das wir nun einmal sind, etwas heißen. Jeder, der am Nadelwert der Wirtschaft steht, trägt das bittere Gefühl mit sich herum, daß alles Nüchtern vergeblich ist und am Himmel der sagenhafte Silberstreifen, den Stresemann freilich für eine andere Gelegenheit sah, nicht erkennbar werde. Nicht erkennbar werden könne, weil einmal die Vorbedingungen zu einer Besserung fehlen, und sodann die Führung völlig verfehlt, die es in der Hand haben könnte, eine Auslöschung der gespannten Lage herbeizuführen.

Nun hat Dr. Brüning aber seine Ansicht auch begründet. Er ist der Meinung, wir haben eine gute Landwirtschaft, eine vorzügliche Industrie, beide seien tätig, das deutsche Volk einer besseren Zukunft zuzuführen. Man dürfe nicht verzagen. Schuld an der mickrigen Lage seien nur die trostlosen Reichsfinanzen. Andere Regierungen hätten es verstanden, sie in Ordnung zu bringen. Seine Regierung wolle nichts anderes, als das Verfallene nachholen. Sie appelliere daher an die Einsicht der Volkvertreter. Diese sollten die Deckungsvorlagen bewilligen, dann werde die Regierung zeigen, was sie könne. Sie werde zum Herbst Aufgaben lösen, die das Rad der Entwicklung umwerfen und eine Zeit der Blüte schaffen müßten. Ich drücke mich nicht wörtlich aus, wie der sachlich redende Kanzler, nur dem Sinne nach. Dem Sinne nach bleibt es aber wohl gleich, wie man eine Sache benennt. Im Herbst werde die Mittel haben, um die Kurve der Wirtschaft zu drehen, daß der Rotor anspringt. Im Herbst werde sie die durchgreifenden Maßnahmen aufnehmen, die die Zahl der Arbeitslosen verringern sollen. Uns leuchtet also ein Herbst der Freude!

Nun meinen aber die Abgeordneten, so wörtlich brauchen sie alles, was der Kanzler ausführte, nicht zu nehmen, denn es handele sich doch nur um eine Propagandarede, er rede um eine Mehrheit für die Deckungsgesetze zu finden. Diese Auffassung entleidet die Rede und schiebt sie brutal der Kritik zu. Die Kritik muß einleiten, denn sie fordert zu Widerspruch heraus, sobald man die Rhetorik verstanden hat und überlegt, ob alles, was Brüning behauptet, wirklich unantastbar sei. Haben wir wirklich keine konjunkturelle Depression? Er mag recht haben, es handelt sich bei uns nicht mehr um die Einschnitte der Konjunktur, also um die Wirkung eines Abschnittes, einer durch die Verhältnisse bedingten Tiefanlage, sondern um eine langsame Entwicklung, die sich unaufhaltbar auswirkt, da uns Laster auferlegt sind, die über unsere Kraft gehen. Zudem tritt selbstverständlich die gewöhnlich konjunkturelle Verschlechterung der Weltwirtschaft, der Weltwirtschaft. Brüning hat auch nicht Unrecht, wenn er erklärt: Die Regierungen vor ihm taten nichts, um sich der Entwicklung entgegen zu stemmen. Er meint, sie hätten für die Gesundung der Reichsfinanzen sorgen müssen.

Keine Partei wird ihm bestimmen. Alle Regierungen waren bemüht, die Verhältnisse zu meistern. Die Verhältnisse waren nur stärker als sie. Und der Kampf gegen die Verhältnisse kann nicht allein darin bestehen, die Reichsfinanzen durch neue Laster in Ordnung zu bringen. Leider haben das bisher alle Finanzminister verübt. Dieser Weg war aber falsch, weil die Steuern nicht so schnell bewilligt und eingenommen werden konnten, wie die Reichskasse sie fragte und die Depression die Lage verschlechterte. Einen Fehler haben alle Regierungen begangen: sie wirtschafteten aus dem Vollen. Und die jetzige Regierung ist auch nicht den verhängnisvollen Weg gegangen, die Ausgaben nach den Einnahmen einzurichten, sondern sie verlangt neue Einnahmen, um die Ausgaben auszugleichen. Sie will sparen. Indessen nicht genug für ein Land, das in jeder Ecke nach Sparmaßnahmen ruft.

Wenig nur werden es glauben können, daß Herr Brüning Meister der Situation werde und das Steuer herumzureihen verstehe, wie er es möchte und alle Wünsche. Denn wer bürgt dafür, daß durch die neuen Laster nicht gerade wieder eine verschärfte Lage aufkommt? Wer will behaupten, daß sich inwischen nicht schon in den Reichskassen eine neue Unterbilanz eingeschlichen hat, so daß auch mit den neuen Steuern der große Lauf nicht so weit geführt wird, wie es notwendig

Zweite Beratung der Deckungsvorlage.

Reichshilfe und Zuschläge zur Einkommensteuer angenommen.

Abg. Berlin, 15. Juli.

Nach der gestern berichteten Annahme des Ausschusses und der Ausschussentscheidung zur Neuroder-Grubenkatastrophe folgt im Reichstage die

2. Beratung des Weingebotes.

Abg. Diez-Baden (Str.) tritt für die Ausschussfassung der Vorlage ein und wendet sich gegen einen Antrag Daag, der das vollständige Verbot der Hybridweine nicht erst am 1. September 1930, sondern schon 1935 in Kraft setzen will. Er beantragt zum Schlussabstimmung des Weingesetzes eine Änderung dahin, daß er heißt: „Der Verkehr mit Getränken, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nachweislich bereits hergestellt waren, ist nach den bisherigen Bestimmungen zu beurteilen.“

Abg. Puh (Komm.) protestiert gegen das Verbot der Hybridweine. Der vom Abg. Diez (Str.) begründete Antrag wird angenommen, im übrigen wird das Gesetz unter Ablehnung der weiteren Änderungsanträge in zweiter und dritter Beratung einstimmig angenommen.

2. Beratung der Deckungsvorlage.

Dazu ist von den Kommunisten ein Misstrauensantrag gegen das Reichskabinett eingegangen.

Reichskanzler Dr. Brüning erklärt, er wolle zu der Vorlage keine lange Rede halten, denn das Volk verlange eine schnelle Entscheidung und keine weiteren Reden. Ueber dem Volk liegt ein dumpfer Druck, ein Gefühl der Unsicherheit, das ungeheuer hemmend und belastend wirkt für die Wiederankurbelung der gesamten Wirtschaft. Das Volk hat im Grunde ein sehr starkes Verstandnis dafür (Zuruf links: Das Sie verstanden müssen!), daß die Regierung vor einer ungeheuer schwierigen Aufgabe steht. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende konjunkturelle Depression, sondern um einen völligen Strukturwandel der Wirtschaft, eine Preisrevolution auf allen Gebieten der Wirtschaft. Wir haben keinen Grund zu einem schrankenlosen Optimismus, denn für die besondere Struktur der deutschen Wirtschaft bedeutet die Preisrevolution keinen Nutzen, sondern den Beginn des Wiederaufstieges. Wenn die Reichsregierung nicht alle Maßnahmen ergreife, um diesen Wiederaufstieg zu ermöglichen, dann hätte sie ihre Pflicht größtenteils verfehlt. Die Voraussetzung für die Durchführung aller dieser Maßnahmen, auch für die Durchführung der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen ist aber, daß das Defizit des Reichshaushalts gedeckt wird. Dazu gibt es keine anderen Möglichkeiten mehr als die von der Regierung vorgeschlagenen. (Lebhafte Widerspruch links.) Der Ausschuss hat das ja dadurch anerkannt, daß er dem Artikel 1 der Deckungsvorlage zugestimmt hat (Unruhe und Gelächter links). Wir können keine Diktate gewähren, wenn das Defizit nicht gedeckt ist. (Lebhafte Zustimmung.) Was wir jetzt machen, ist nichts weiter, als Anstrengungsarbeit. Diese Arbeit ist notwendig, wenn wir im Herbst zu der großen Reform unserer Finanzen kommen wollen, die vor allem eine wesentliche Senkung der Ausgaben auf allen Gebieten bringen soll. (Rufe links: „Auf Kosten der Arbeiter!“) Wir können nicht weiter, wenn jedes Jahr von wachsenden Mehrheiten die Grundgedanken der Finanzpolitik geändert werden. Wir brauchen eine Politik auf lange Sicht nach einheitlichen Plänen. Es ist eine große Stunde für den Deutschen Reichstag gekommen. (Rufe bei den Kommunisten: „Die Stunde des Bankrotts!“) Weich er diese Stunde zu nutzen, dann hat er zur Sicherung des Parlamentarismus und der Demokratie mehr getan als in vielen früheren Jahren. Demokratie und Parlamentarismus werden am besten gesichert, wenn das Parlament auch den Mut zu unpopulären Maßnahmen hat. (Rufe links: „Die Stahlhelmregierung hat Schlapp gemacht!“) Sollte es nicht bald möglich sein, durch das Parlament die Deckung zu beschließen, das muß ich gleich in dieser Stunde erklären, so wird die Reichsregierung im Interesse der Demokratie

von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen, die notwendig sind zur Abdeckung des Defizits des Reichshaushalts. (Lebh. Beifall in der Mitte.)

Der Zentrumsgewordnete Ester beantragte nach der Kanzlerrede, die Entscheidung über das Gesetzgebungsmerk dadurch zu beschleunigen, daß nur über den Artikel 1 mit vierstündiger Redezeit beraten und dann die entscheidende Abstimmung vorgenommen wird. Die Sozialdemokraten wollten erst in einer Fraktionsitzung zu diesem Vorschlag Stellung nehmen und verlangten dazu eine einstündige Unterbrechung der Sitzung, die ihnen bewilligt wurde. Das Ergebnis war, daß der Vorschlag Ester angenommen wurde mit der Modifikation, daß die Redezeit auf eine halbe Stunde ausgedehnt wurde. Die Ausführungen des Vertreters der stärksten Oppositionspartei, des sozialdemokratischen Abg. Reil, zeigten jedoch, daß der Zweck des Esterischen Vorschlages, die beschleunigte Entscheidung, nicht erreicht werden konnte. Abg. Reil erklärte nämlich, seine Fraktion werde sich, wie im Ausschuss, bei der Abstimmung über den Artikel 1 der Deckungsvorlage, die die Einkommensteuer und die Bürgerabgabe, Er forderte stärkere Zusätze zur Einkommensteuer. Er warnte den Reichskanzler vor der Anwendung des Artikels 48. Nach der Reichsverfassung müsse die Regierung bei Ablehnung ihrer Vorlage zurücktreten und wenn eine neue Regierung keine Mehrheit finde, dann müsse die Entscheidung dem Volk übertragen werden durch Auflösung des Reichstages und Neuwahlen.

Der Vertreter der zweiten großen Oppositionspartei, Abg. Dr. Oberfahren, beschränkte sich auf die kurze Erklärung, daß die Deutschnationale Volkspartei an ihrer ablehnenden Haltung zu dem Deckungsprogramm der Regierungsparteien festhalte.

Die Erklärungen der Regierungsparteien waren im allgemeinen auf den gleichen Ton gestimmt: Starke Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage, aber Zurückhaltung dieser Bedenken mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, durch schnellste Sanierung der Finanzen den Weg für die grundlegende Reform der Finanzverwaltung und für die Wiederbelebung der Wirtschaft frei zu machen. Die Wirtschaftspartei ließ außerdem erklären, daß sie eine Anwendung des Artikels 48 ohne vorherige Auflösung des Reichstages nicht billigen und mitmachen würde.

Die Abstimmung führte, wie schon erwähnt, zur Annahme des Artikel 1, weil die Sozialdemokraten Stimmenthaltung übten. Hätten sie mit den übrigen Oppositionsparteien gestimmt, so wäre die Deckungsvorlage heute schon erledigt gewesen. Diese Haltung der Sozialdemokraten in Verbindung mit den entgegenkommenden Erklärungen des sozialdemokratischen Redners wurde im Reichstag als die Öffnung eines letzten Ausweges aus der jetzigen schwierigen Situation angesehen. Die Sozialdemokraten haben ihre Bereitwilligkeit bekundet, der Deckungsvorlage zur Annahme zu verhelfen, wenn ihren Wünschen mehr als bisher Rechnung getragen wird und wenn vor allem die Bürgersteuer in ihrer jetzigen Form fällt.

Artikel 1 besagt: Zum Ausgleich der Anwendungen im ordentlichen Reichshaushalt, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage ergeben, werden für die Zeit bis zum 31. März 1931 von den Einnahmen der Personen des öffentlichen Dienstes ein Beitrag (Reichshilfe) und von den einkommensteuerpflichtigen Personen einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben.

Um 7 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr vertagt. Außerdem stehen auf der Tagesordnung das Baufördergesetz und der Einspruch des Reichsrates gegen das Ammeltegesetz.

erscheint? Inzwischen ist sehr viel Wasser über die Mühlen gelaufen. Die Voranschläge und Berechnungen der Finanzminister hätten andere Zahlen als Unterlage. Wir wissen, daß man mit weniger Arbeitslosen rechnete, und wir wissen heute, daß die Steuererhöhungen unbedingt zu hoch gegriffen sind. Wie nun, wenn sich diese Ansicht bewährt? Dann bleibt es bei der Depression, dann geht es der Regierung just wie anderen zuvor. Dann kann nichts getan werden, um die Herbstsonne scheinen zu lassen. Wir müssen begreifen: Der Kanzler sagt: Die Finanzen müssen in Ordnung sein, dann habe man keinen Grund mehr zur Trägheit. Andere vor ihm haben nicht dahin gewirkt. Nun erzieht er es auch nicht. Die logische Folge wäre ein neuer Versuch, den Haushalt auszugleichen, das Defizit einzubringen. Schraube ohne Ende. Weltlauf mit den Verhältnissen! Wir sind wirklich Zweifler ge-

worden und so sehr wir glauben möchten, warten wir lieber den „Wandel der Verhältnisse“ ab. Wir denken sogar, eine Regierung müßte auch ohne alles für die Reichsfinanzen einzusetzen, die Entschlußkraft haben, sich der Entwicklung in die Zweichen zu werfen. Sie darf nicht abwarten, bis das eine geplatzt ist, um dann das andere zu tun. Sie darf nicht das eine vom anderen abhängig werden lassen. Wir haben so oft schöne Reden gehört, daß wir sie nicht mehr wörtlich nehmen. Und der Reichstag gab uns mit seiner Haltung diesmal das erste Vorbild. Er ließ sich durch den Optimismus des ersten Mannes am Steuer nicht in einen schrankenlosen Optimismus hineinreißen. Er blieb kritisch, wie wir es sein müssen. Denn wir befinden uns augenblicklich unten und können an einem Strohhalm keine Bergwand hinaufklettern.